



KKLASSENKAMPF statt WAHLKAMPF

GEGEN DEN NOTSTAND DER REPUBLIK

Eine Klasse, die zerstört um auf ihren Trümmern zu überleben, ist es nicht wert, dass sie überlebt. Eine Gesellschaftsordnung, die sich nur dadurch aufrechterhalten kann, dass sie den Reichtum zerstört und nur überlebt, wenn sie die werktätigen Massen, die all diesen Reichtum geschaffen haben, mit Gewalt unterdrückt, ist eine verkommene, überlebte und zum Untergang bestimmte Gesellschaft.

Wer ausser dem, der die Fabriken, die Maschinen geschaffen hat, kann sie vor der Stilllegung und Zerstörung durch den Eigentümer, den Kapitalisten schützen? Die Kapitalisten und ihre Notstands-Regierung ihres Staats wissen, es ist der Arbeiter, der sie geschaffen hat. Es muss sofort ein Ende haben, dass die Kapitalisten und ihre Notstandsregierung ihre Streikbrecherorganisation THW unter dem Kommando des Militärs in die Betriebe, wie bei dem Chemie Monopolisten BASF, einschleust und gegen die Arbeiter in Stellung bringt, wenn er den Kampf gegen die Vernichtung und Stilllegung seiner Arbeit aufnimmt. Die Fabriken und Maschinen verlangen den Schutz der

Arbeiter und das sofortige Verbot der Streikbrecherorganisation der Fabrikeigentümer und ihres Staates.

Eine Ordnung, die den Menschen nicht einmal die Wohnung, das Essen, die Bildung gewährleisten kann und deshalb Arbeitsämter zu Rekrutierungsstellen der Bundeswehr und des Verfassungsschutz degradiert und missbraucht, die im Erwerbslosen, ob Koch, ob Ingenieur oder ob Metall- oder Chemiarbeiter nur billiges Kanonenfutter sieht — oder einen Spitzel und Dreigroschenjungen, der gegen sich selbst und seine Klasse gezwungen wird, die herrschende Ordnung aufrecht zu erhalten —, verlangt er nach der eingezahlten Stütze seiner Klasse, will er essen und ein Dach über dem Kopf, zeigt eine Menschenverachtung, die man nicht gewähren lassen kann.

Wenn den Kindern in staatlichen Schulen nicht das Wissen für das Leben gelehrt wird, sondern der Tod und der Mord des Kriegshandwerks durch Offiziere, dann haben nicht nur die Lehrer die Pflicht, sondern wir alle, dass die Bundeswehr und die regierenden Kriegstreiber aus

Aktionsbüro: „Klassenkampf statt Wahlkampf ! Gegen den Notstand der Republik!“

Information-Kontakt : Rainer Herth, Birkholzweg 11, 60433 Frankfurt, Mail: R@inerHerth.de

den staatlichen Schulen weder Kadettenanstalten noch Kasernenhöfe machen. Dafür stehen wir ein: Raus mit den Militaristen aus den Schulen der Jugend, ob Gewerbeschule oder allgemeine.

Auf den Strassen und Plätzen der Republik hat die Bundeswehr nichts zu suchen. Die Freiheit des Bürgers untersagt dem Notstand der Republik das „Hausrecht“, der Besetzung von Plätzen und Strassen durch die Bundeswehr – die alleine in den Jahren 2005 bis Mai 2008 achthundertvierundzwanzig Mal öffentliche Plätze durch Umgehung ihres Platz-Verbotes rechtswidrig in ihre Gewalt brachte. Kein Platz, keine Strasse für Militärübungen gegen das Volk. Kein Platz in der Gesellschaft und auf öffentlichen Plätzen und Strassen für die Werbefeldzüge der Bundeswehr als Rattenfänger der Jugend. Dafür rufen wir Euch auf, tretet mit uns in diesem Jahr dafür ein, dass die Strassen und Plätze des Bürgers bundeswehrfrei bleiben, dass sie nicht länger als Aufmarschgebiet der Bundeswehr missbraucht werden. Kein Notstand der Republik auf den Strassen und Plätzen der Republik

Die Meinungsfreiheit des Bürgers gilt nur solange dem Unterdrücker und Ausbeuter etwas, solange das Volk schweigt und stillhält. Da angesichts der Krise, die Millionen ins Elend bringt und der Kriege, die von dem Eigentümer unserer Arbeit seit anderthalb Jahrzehnten gegen andere ins Elend gestürzte Völker angezettelt wurden und geführt werden, nicht die Kriegsgefahr eines Grossen Kriegs gebannt wird, sondern dadurch vorbereitet wird, rechnen die Kapitalisten und ihre Notstandsregierung mit dem schlimmsten, mit dem Klassenkampf der Arbeiter und mit dem Widerstand der anderen Werktätigen hierzulande. Die Friedhofsruhe wird per Gesetz und Verordnungen angeordnet. Das Versammlungsgesetz 16 mal gegen die bürgerliche Demokratie für die staatliche Willkür preisgegeben. Alleine der Gedanke, diesem System keinen Mann und keinen Cent ohne die dazugehörige Tat des Bürgers, wird zur Straftat. Dies wird gerade von der Regierung des Notstandes in Gesetzesform verpackt, mit der Androhung, dass für die Gedanken des freien Bürgers Gefängnis bis zu 10 Jahren ihm angedroht werden. Ohne Kampf um Demokratie wird die Freiheit des Bürgers im

Notstand der Republik untergehen. Deshalb rufen wir Euch auf, werdet Teil des Widerstands gegen einen Staatsumbau, der auch die Freiheitsrechte zerschlägt.

Die ganze Gesellschaft stöhnt und ächzt unter der Ausplünderung und Ausbeutung durch wenige Reiche und Superreiche, Millionen finden darin weder eine gesicherte Existenz noch den Frieden. Statt die Häuser und Städte der Heimat vor Feuer zu schützen, zwingt die herrschende Klasse die Feuerwehr (und andere zivile Organisationen) in den paramilitärischen „Heimatschutz“, der kommandiert vom Militär dann das Feuer an die Gesellschaft legt. Statt Mörder und Diebe mit der Polizei der Länder zu verhaften, jagt die verbotene Bundespolizei in Zusammenarbeit mit Geheimdiensten und Armee die Freiheit des Widerstandes vom Bürger, verhaftet streikende Arbeiter, knüpelt Demonstrationen nieder, die dem unerträglich gewordenen Zustand im ganzen Land ein Ende bereiten wollen. Wir fordern euch auf, macht mit uns Schluss mit dem Staatsumbau der herrschenden Klasse und ihrer Regierungen, die nicht zurückschreckten, sich 16 Millionen zu unterwerfen und ihr Land auszulöschen und sich einzuverleiben und die Krieg gegen unseresgleichen führen. Lasst uns unseren Kampf vereinen gegen einen Umbau und Aufbau des Staatsapparats, der sich der Geschichte des Verbrechens und des Völkermords des deutschen Faschismus immer mehr annähert.

Wir, das ist die Einheitsfront- und Aktionseinheit aus Arbeitern, Gewerkschaftern, von Jung und Alt, von Sozialdemokraten, Parteilosen und Kommunisten, die gemeinsam seit der „Ersten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz - Gegen den Notstand der Republik“ im März 2008 in Betrieb und Ausbildungsstätten, auf Strassen und Plätzen gegen den Notstand der Republik und seinen Staatsumbau kämpfen. Dass der Notstand der Republik weiter regiert – dagegen sind wir, dagegen machen wir mobil. Dass die Einheit zur Stärke wird und der Widerstand zunimmt, dazu rufen wir euch auf: Beteiligt euch in eurem eigenen Interesse und für eine schlagkräftige Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften im Herbst 2009, an der Aktionseinheit:

Klassenkampf statt Wahlkampf - Gegen den Notstand der Republik

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Arbeits- und Koordinationsausschuss der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik

Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik



Die Weltwirtschaftskrise einiger hundert Konzerne und Großbanken wütet auf dem gesamten Erdball. Die Profitgier der Fabrikbesitzer kostete schon in Zeiten des Aufschwungs Tag für Tag einhunderttausend Menschen das Leben – die Reichen lassen sie schlichtweg verhungern. Alle fünf Sekunden krepirt auf der Welt ein Kind an Hunger, Durchfall oder Seuchen unter der Herrschaft der Großkonzerne, auch und insbesondere der deutschen. Die Hungerrevolten nehmen zu. Von den Herren im feinen Zwirn und den Damen im Nerzmantel die Beseitigung des Elends zu erwarten wäre reiner Selbstmord.

**„Ja zum Kapitalismus heißt
Ja zur Arbeitslosigkeit“**

(Willi Bleicher, IG Metall-Bezirksleiter)
Ganze hundert Familien sind es in der BRD, denen die Siemenswerke gehören sowie die großen Autokonzerne, die Chemieriesen, Rüstungsschmieden und Großbanken. Sie haben die Zulieferer und Kleinkapitalisten in der Hand. Sie beherrschen die Regierung, den Staat und das Land. In ihrer gnadenlosen Profitgier hetzten sie uns von Überstunde zu Überstunde, von Montag bis Sonntag, rund um die Uhr bis zum Umfallen, weiter, immer weiter – bis ihre Produktionsschlacht über Nacht zusammenbrach. Unsere Arbeit, im Sekudentakt aus uns herausgepresst, werfen die ratlos gewordenen Fabrikbesitzer auf Halden, schließen sie Fabriken, schmeißen Millionen auf die Straße und bald auch aus den Wohnungen. Der Reichtum verrotet vor den Augen hungernder Arbeitsloser und ausgehungert Kinder. Jetzt kommen die Milliardäre und bitten die Arbeiterklasse, sie zu retten! Noch nie haben die Kapitalisten sich so entblößt wie mit der Aufforderung an uns, ihnen zu helfen. Heruntergekommene Milliardärsweiber brechen öffentlich in Tränen aus und verlangen Milliarden für ihr marodes System. Milliarden, mit denen sie die nächste Krise vorbereiten. Im Gegensatz zu den reichen Faulenzern brauchen wir nicht um Hilfe betteln. Im Gegensatz zu ihnen schaffen wir den ganzen Reichtum und können uns selbst am besten helfen.

**Die Weltwirtschaftskrise rollt
heran – die Kapitalisten
sehen ihre Rettung
im militärischen Heimatschutz
gegen die Arbeiter**

Der Zusammenbruch des kapitalistischen Aufschwungs lässt die Hoffnung der Ausbeuter auf ihre

ewigwährende Herrschaft in sich zusammenkrachen. Innenminister Schäuble spricht aus, worüber in den Salons der Bankiers und Industriellen geredet wird:

„Wir erleben dieser Tage die wohl

**Schluß mit dem Krieg
gegen die Arbeiter im eigenen Land
und gegen andere Völker**

Gegen den Notstand der Republik

größte Vertrauenskrise der modernen Marktwirtschaft seit Ende des Krieges. Ich bin überzeugt, daß die Ursachen hierfür in Übertreibungen liegen, ohne daß allerdings diese Marktwirtschaft zugrunde gehen wird.“

Wie der Ertrinkende nach dem Strohalm greifen die Thyssen, Flick, Krupp und Siemens zum Ausbau ihres Gewaltapparats. Zu ihrem eigenen Schutz bauen sie einen sogenannten „Heimatschutz“, einen zweiten Militärapparat neben der Bundeswehr auf. Mit zehntausenden Reservisten will der deutsche Generalstab arbeiterfeindliche Freikorps in der ganzen Republik aus dem Boden stampfen.

Freikorps hießen die Militaristen, die 1919 die Revolution im Blut der Arbeiter ertränkten, die streikende Arbeiter niedermetzeln,

Zusammenarbeit ist einer unserer Mitarbeiter im Range eines Majors der Reserve einer von drei Offizieren des Kreis-Verbindungskommandos Frankfurt, das bei Krisen die Unterstützung der Bundeswehr für die Stadt Frankfurt koordiniert.“ In 470 Landkreisen und kreisfreien Städten errichtet das deutsche Militär einen flächendeckenden

„Heimatschutz“ mit tausenden Bundeswehr-Reservisten. Der deutsche Generalstab erprobt zur Stunde mit Freiwilligen aus dem Reservistenverband der Bundeswehr den Aufbau von Freikorps. Den Kampf gegen die Arbeiterbewegung vor Augen, trainieren sie den „Orts- und Häuserkampf“ und veranstalten „Schießübungen“ (Reservistenzeitung loyal, 12/2008).

Wir wissen: Unter ihrem Militärstiefel wollen und können wir nicht leben!

**Die Weltwirtschaftskrise wird
schärfer - die Kapitalisten
sehen ihre Rettung im Umbau
des Technisches Hilfswerks
zur Streikbrecherorganisation**

Der Chemiekonzern BASF bedrohte zu Beginn der Weltwirtschaftskrise die Arbeiter mit der Vernichtung von 80 Werken (November 2008). Im selben Moment holten die Direktoren die „Streikbruchorganisation“ (Metall-Zeitung 23/1953) Technisches Hilfswerk zu ihrem Schutz auf Werksgebiete. Im selben Moment, in dem das Berliner Kriegskabinett das Technische Hilfswerk militarisierte durch die Verzahnung mit der Bundeswehr und den Heimatschutz-Reservisten.

Die wenigsten wissen es: Das Technische Hilfswerk wurde 1919 unter dem Namen Technische Nothilfe von Freikorps-Offizieren gegründet und zum Schutz der Kapitalisten und ihrer Fabriken auf streikende Arbeiter losgelassen. Als die Monopolkapitalisten ihre

Herrschaft während der großen Weltwirtschaftskrise nach 1929 bedroht sahen, ließen sie Offiziere der Reichswehr, der Polizei und die Technische Nothilfe die Niederschlagung des Generalstreiks planen. Im Kampf gegen Hamburgs Arbeiter kamen sie zu der Schlußfolgerung: „Die verfügbaren Kräfte an Polizei, Reichswehr und Reichsmarine waren gering; die Hauptlast in der Bekämpfung dieses Streiks fiel auf die Technische Nothilfe.“

Die Technische Nothilfe war ein willfähriges Instrument der deutschen Faschisten und ihrer kapitalkräftigen Hintermänner gegen den antifaschistischen Widerstand und die überfallenen Staaten. Nach der Befreiung vom

Fortsetzung Seite 4

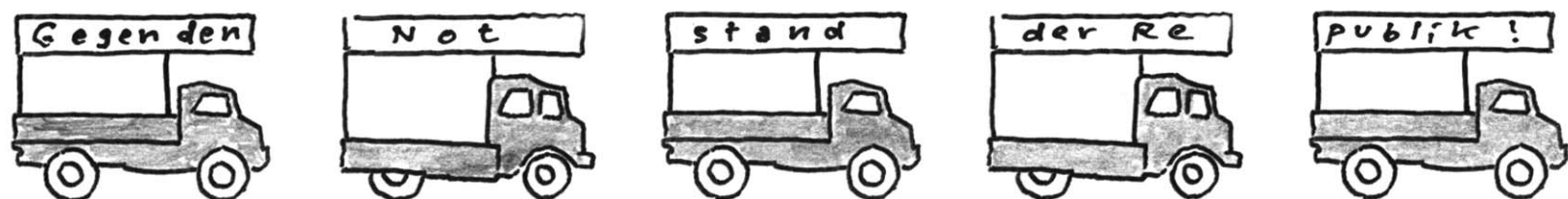
**FAKTEN
FÜR DIE
EINHEITS- UND VOLKSFRONT
GEGEN
DEN
NOTSTAND
DER
REPUBLIK**

Heft 1
zum Staatsumbau
2006 bis 2009

Heft Nr. 1: Fakten für die Einheits- und Volksfront
Gegen den Notstand der Republik
Auslieferung Frühjahr 2009 • ca. 300 Seiten • Preis 10 Euro
Herausgeber und Bezug: Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
80339 München Tulbeckstr. 4

die Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erschlugen und die unter dem Oberbefehl der Reichswehr im Jahr 1920 über 1.000 Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten, Männer, Frauen und Kinder während des Putschs der republikfeindlichen Kapp-Monarchisten bestialisch ermordeten. Diesen Terror gegen die Arbeiterbewegung finanzierte das Reichswehrministerium, und die deutsche Wirtschaft steckte ihnen 500 Millionen Reichsmark in die Taschen.

Peter Müller, Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank, vor der Führungsakademie der Bundeswehr im Februar 2008: „Im Rahmen der militärisch-zivilen



**Schluss mit dem Krieg
gegen die Arbeiter im eigenen Land und
gegen andere Völker
Gegen den Notstand der Republik**

Faschismus verboten die Alliierten die Technische Nothilfe. Fünf Jahre später hat die Adenauer-Reaktion sie unter dem Namen Technisches Hilfswerk und unter dem Deckmantel des Katastrophenschutzes wieder gegründet. Antreten müssen die THW-Helfer laut Gesetz gegen „öffentliche Notstände“, also auch gegen Streiks. Das beweist auch dem Letzten, wie sehr die Kapitalisten sich selbst in Gefahr sehen und nur noch eines kennen: Den Umbau des Staates und der zivilen Hilfsorganisationen für ihre Gewaltherrschaft, gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Wir wissen: Unter ihren militarisierten Streikbruchorganisationen wollen und können wir nicht arbeiten und leben!

**Krieg und Leichen – der letzte
Rettungsschirm der Reichen**

Die Weltwirtschaftskrise verringert die Absatzmärkte und Profite der Konzernherren. Die Kapitalisten rüsten auf. Mit aller Gewalt will die verrottete Kapitalistenklasse ihr kapitalistisches Ausbeutersystem retten. Auch mit dem Mittel des Krieges gegen andere Völker. Viele Gewerkschafter wissen, wie der Hurratriotismus zu Beginn des Weltkriegs

1914 den beginnenden Ansturm der Arbeiter gegen den Kapitalismus auf die Schlachtfelder

Europas umlenkte. Den Ansturm auf die kapitalistische Festung vier Jahre später konnte das Monopolkapital mit all seinen Generälen und Offizieren trotzdem nicht verhindern. Dazwischen lagen 10 Millionen Leichen für die Rettung der Reichen. Wir wissen: Den dritten Versuch des Kapitals haben wir mit aller Macht zu verhindern.

**Millionen sind stärker
als Millionäre – Klassenkampf
statt Wahlkampf**

Die Monopolisten errichten eine Festung aus Polizei, Militär, Heimatschutz, THW um ihre wacklige Herrschaft, die mit Stimmzetteln und Wahlkämpfen nicht zu schleifen ist. Der Wahlkampf im Jahr 2005 erbrachte eine Mehrheit für SPD, Grüne und Linke. Statt einer Regierung links von CDU/CSU wurde die Große Koalition zusammengezimmert, die den Staat um- und ausbaut, wie er aufgrund der Erfahrungen aus Faschismus und Krieg nie wieder sein darf. Der entschlossene Kampf fortschrittlicher Arbeiter und Gewerkschafter hätte die linke Mehrheit zu einer anderen Regierung zwingen, die Große Koalition verhindern und den Notstand der Republik zurück-

drängen können. So, wie der Kampf fortschrittlicher, sozialistischer Studenten und klassenbewusster Gewerkschafter in den 60er Jahren die Große Koalition zu Fall und die demokratischste Zeit der Bundesrepublik brachte – mit den höchsten Lohnsteigerungen und Sozialleistungen. Klassenkampf statt Wahlkampf! Wir wissen: Die Einheitsfront der Arbeiter muß unbedingt hergestellt werden zum gemeinsamen Kampf der fortschrittlichen Gewerkschafter gegen den Notstand der Republik.

Wir erklären,
daß wir in diesem Jahr in der gemeinsamen Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf! Gegen den Notstand der Republik!“ den Kampf führen werden auf den Straßen und Plätzen, von Fabrik zu Fabrik, von Stadt zu Stadt. Die Kapitalisten zentralisieren ihre Macht – lasst uns die Reihen enger schließen. Die Kapitalisten rüsten auf – ihre Ausrüstung kann nur gestoppt werden, wenn wir uns rüsten. Sie oder Wir – diese Frage stellt der Notstand der Republik an uns. Diesem System keinen Mann und keinen Cent! Jeden Cent für unsere gemeinsame Aktion.
**Klassenkampf statt Wahlkampf!
Gegen den Notstand der Republik!
Beteiligt euch!**

*Arbeiterbund für den
Wiederaufbau der KPD*



**Im Betrieb und der Fabrik
Gemeinsam
gegen den Notstand der Republik**

Monopolherren und Großbanken das deutsche Militär im eigenen Land gegen uns und die Bevölkerung einsetzt und Krieg gegen uns führt“.

● „Wir sind dagegen, dass aufgrund der Einverleibung der DDR die Brandfackel des deutschen Krieges nach Europa und in die Welt getragen wird, was uns heute schon Milliarden und morgen unser Leben kosten wird“.

2007 werden Panzer in Heiligendamm gegen Demonstranten aufgeföhren und Tornado-Jagdflugzeuge im Tiefflug gegen Demokraten und Gewerkschafter gejagt. Die Bundeswehr setzt sich in Arbeitsämtern, Schulen und Ausbildungswerkstätten fest um die Arbeiterjugend zum Kriegsdienst zu ziehen. Zivile Organisationen wie das Rote Kreuz, die Feuerwehren und die Deutsche Lebens Rettungs-Gesellschaft (DLRG) werden okkupiert um sie von der Hilfe zur Beihilfe bei Kriegs-Einsätzen nach Innen und Außen zu bringen. Als im Jahre 1968 gegen den Widerstand von Gewerkschaften und Studenten die Notstandsgesetze verabschiedet wurden, sprach der damalige Innenminister Paul Lücke aus, wozu die Notstandsgesetze sei-

ner Meinung nach dienen sollten: Sie seien erforderlich für Zeiten, 'wenn es in der Wirtschaft hagelt'. Diese Zeit ist angebrochen.

„Die Gefahr, die uns droht – ich möchte es noch einmal unterstreichen – ist der totale Staat im Gewande der Legalität – die Diktatur hinter der Fassade formaler Demokratie“, sagte Georg Benz, ehemaliges Vorstandsmitglied der IG Metall, anlässlich der Notstandsgesetze der 60iger Jahre.

Die IG Metall hat damals entschieden, daß sie entschlossen ist, „jeden Missbrauch der Notstandsgesetze mit allen zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln, einschließlich des politischen Streiks, zu bekämpfen“ (Geschichte der IG Metall, IG Metall 1989). Die Berliner Regierung ist aber schon viel weiter. Sie hat den Staat um- und ausgebaut in einem Maße, den nicht einmal die Notstandsgesetze zum Inhalt hatten und das alles ohne Ausrufung eines Notstands - und vor allem ohne Gegenwehr. Das Wort der IG Metall von 1968 muss jetzt erst recht gelten. Der Gerkschaftstag der IG Metall hat sich in mehreren Anträgen mit der aktuellen, noch größeren Gefahr befasst und gewerkschaftliche Gegenwehr beschlossen: „Dem sozialen und politischem Notstand

der Republik engagiert entgegen zu treten gehört zu den grundlegenden Aufgaben der Gewerkschaften. Der Kampf um die sozialen Rechte kann ohne den politischen Kampf nicht mehr isoliert geführt werden. Wollen wir nicht eines Tages in einer „Diktatur hinter der Fassade formaler Demokratie“ enden.“ Den Worten müssen jetzt Taten folgen. Die Gewerkschaften haben die Pflicht sich der Bedrohung der Arbeiterbewegung entgegen zu stellen.

Wir – Arbeiter und Gewerkschafter, ob Sozialdemokrat, Sozialist, Kommunist oder Parteilos – sehen es als unsere Aufgabe, alles in unseren Kräften stehende zu tun, dieser Bedrohung gemeinsam zu begegnen. Mit dem Wahlkreuz kann dieser Kampf nicht geführt werden. Deshalb sind wir Teil der Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“. Wir fordern unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Fabriken, die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf, das Gleiche zu tun. Schließt euch uns an, damit unser Protest in den Tagen vor der Bundestagswahl auf den Straßen und vor den Betrieben sichtbar wird.

*Arbeits- und Koordinationsausschuss der
Ersten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz
gegen den Notstand der Republik*

In nur wenigen Wochen sind die Träume von ein bisschen Wohlstand für lebenslanges Arbeiten in diesem Leben von dem Alptraum einer alles zerstörenden Krise abgelöst worden. Keine dieser „normalen“ Krisen, bei denen alle 6 – 10 Jahre Hunderttausende unserer Kollegen aus den

Fabriken in Arbeitslosigkeit, Not und Elend gestürzt werden. Hier ist etwas wiedergeboren wie vor etwa 80 Jahren, als der Kapitalismus schon einmal weltweit kollabierte. Wir erinnern uns, daß damals ein Teil des deutschen Kapitals sein Heil aus der Krise in Krieg und Faschismus suchte und der größten wirtschaftlichen Katastrophe die größte Katastrophe überhaupt folgen ließ: den zweiten Weltkrieg.

Und jetzt? Jetzt stehen wir vor der Aussicht, dass unsere Gegenwart und Zukunft in Stücke geschlagen wird. Jetzt stehen wir – wieder einmal – unvorbereitet und unorganisiert, zersplittert und geschockt vor der Katastrophe. Jetzt werden Hunderttausende von uns von der Brutalität der Gesetze eingeholt, die sie in Berlin gegen uns gemacht haben, zeigt sich für wen der Staat seine Dienste leistet. Leiharbeit, Zwangsverpflichtung zu 1-Euro-Jobs, Arbeitslosengeld nur für 12 Monate, Niedriglöhne, Hartz und Rente mit 67 sind nur der „soziale“ Teil der Gesetze, die sie für uns bereithalten. Der andere Teil aber ist genauso schon vollzogen!

Bereits im März 2008 haben die Teilnehmer der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz gegen den Notstand der Republik – Arbeiter und Gewerkschafter, Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Betrieben und Städten, Mitglieder und Funktionsträger der IG Metall, von ver.di und anderen DGB-Gewerkschaften – in einer gemeinsamen Erklärung festgestellt: „Mit ihrem völkerrechts- und verfassungswidrigen Umbau des Staatsapparats erklären die Herrschenden uns Arbeiter und Gewerkschafter, das ganze Volk zum Feind.“

Seit dieser Konferenz ist viel passiert. Der Staatsumbau, der Auf- und Umbau des staatlichen Gewaltenapparates ist ungebremst vorangetrieben worden. Mit der Mobilmachung von Reservisten, der Vereinnahmung und Dienstverpflichtung von Hilfsorga-

nisationen, der zunehmenden Militarisierung paramilitärischer Verbände - wie des THW - werden weitere und immer mehr Truppen im Inneren in Stellung gebracht

kurz vorher noch mordend und plündernd über die Schlachtfelder in ganz Europa marschiert sind. Knapp 30 Jahre später, als die Metaller 1984 im Streik für die Arbeitszeitverkürzung sind, nimmt der BGS in einem Manöver „die Massenstreiks um die 35-Stunden-Woche“ zum Anlass um den

Krieg gegen uns Arbeiter zu üben. Inzwischen ist der BGS zur Bundespolizei geworden. 40.000 Polizei-Soldaten, eingesetzt im In- und Ausland zur Auflösung von Demonstrationen und der Aufstandsbekämpfung. Die verbotene Bundespolizei erhält eine immer größere und unkontrollierte Macht und wird zusätzlich Stück für Stück zur verbotenen Geheimpolizei.

Die vielmehr angetreten ist, die Kriegsvorbereitungen und Raubzüge der großen Konzerne durch die Friedhofsruhe an der Heimatfront abzusichern und unseren Widerstand gegen das Elend des Krieges zu unterdrücken“.

5.500 Reservisten der Bundeswehr sind seit 2007 in so genannten Heimatschutzkommandos im ganzen Land kommandiert - die CDU will sie auf 250.000 Mann aufstocken. Für 8 Millionen Reservisten der Bundeswehr sieht eine Richtlinie des Verteidigungsministeriums Aufgaben, die „den Einsatz von Reservisten und Reservistinnen in größerem Umfang bereits im Frieden erfordern“. Die Regierungskoalition will den Einsatz der Bundeswehr im Inneren beschließen und hat die Truppen schon verfassungswidrig losgeschickt. Gegen wen, das wissen sie. Die zunehmende Ungleichheit des Einkommens führt zu Kriminalität sowohl innerhalb als auch zwischen den Nationen. Die Reichen müssen sich vor den Armen schützen, können daraus aber auch noch ein Geschäft machen, weiß das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Institut und die Hamburger Berenberg Bank in einer Untersuchung zu berichten und empfiehlt die deutsche Sicherheitsindustrie ihren Anlegern für das Aktiengeschäft.

Die Konferenz erklärte:

● „Wir sind dagegen, dass der Staat der Rüstungsschmieden,

Im Betrieb und der Fabrik Gemeinsam gegen den Notstand der Republik

und eingesetzt.

Im März 2008 stellt die Konferenz weiter fest:

● „Wir sind dagegen, dass eine Bundespolizei, wie sie nach der Niederschlagung des Faschismus zu Recht verboten wurde, errichtet wird, mit nur einem Ziel: Die Fabrikanten zu schützen und uns am Boden zu halten“.

● „Wir sind dagegen, dass eine verbotene Geheimpolizei aus Polizei und Geheimdiensten nach dem Prinzip der Gestapo errichtet wird, die in den Fabriken und anderswo die Bespitzelung, Ver-

15./16. MÄRZ 2008
DGB-HAUS
FRANKFURT/MAIN

ERSTE
ARBEITER- UND
GEWERKSCHAFTER-
KONFERENZ

**GEGEN
DEN NOTSTAND
DER REPUBLIK**

Broschüre: Erste Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz
Gegen den Notstand der Republik

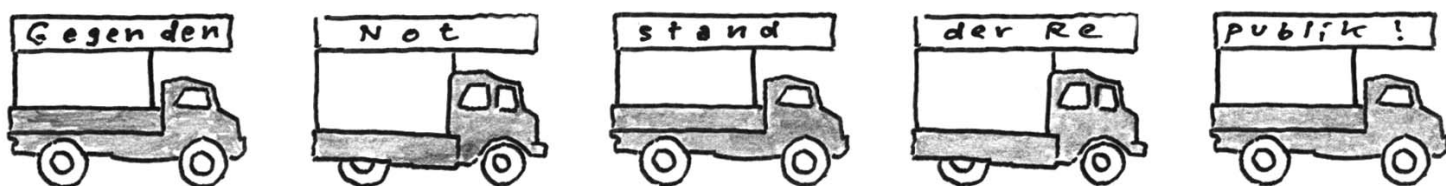
Herausgeber : Arbeits- und Koordinationsausschuss
der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz
Gegen den Notstand der Republik
96 Seiten • Preis 3 Euro

Zu beziehen: Rainer Herth, Birkholzweg 11, 60433 Frankfurt Main,
Mail: R@inerHerth.de

folgung und auch Verhaftung der Arbeiter und Gewerkschafter organisiert, um die für unseren gemeinsamen Kampf so notwendige Einheit der sozialdemokratischen, sozialistischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter zu zerschlagen“.

Der Vorläufer der Bundespolizei war der Bundesgrenzschutz (BGS), von der Aufgabe und Bewaffnung her eine paramilitärische Organisation, ab 1951 aufgebaut von Nazi-Offizieren der faschistischen Wehrmacht, die

← Fortsetzung Seite 4





Jugend voran

Stellungnahme des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Wir sehen:

■ Die Bundeswehr hat eine Kooperationsvereinbarung mit dem Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen abgeschlossen. Es war schon lange so, dass die Bundeswehr Unterrichtsmaterialien für Schulen zur Verfügung gestellt hat, dass einzelne Unterrichtseinheiten von Soldaten, sogenannten Jugendoffizieren, übernommen wurden, dass bei jeder Berufsorientierungswoche Soldaten fürs Töten geworben haben. Bisher war das wenigstens offiziell eine freiwillige Angelegenheit, die Entscheidung, ob man tatsächlich Jugendlichen das Töten als Beruf und Zukunftsperspektive anbieten möchte, dem Lehrer überlassen. Und auch ein mutiger Schüler konnte sagen, dass er mit der Mörderbande nix am Hut haben will. Mit dem neuen Kooperationsvertrag gehört diese Freiheit der Vergangenheit an. Und nicht nur das, Lehrer und vor allem Referendare, also die Lehrer von morgen, können künftig von Soldaten ausgebildet werden. Worin? In Fragen der Politik. Wann wo Krieg zu führen ist, warum das notwendig und richtig ist und wie man Schülern erklärt, dass Bomben werfen eine tolle Sache und Deutschland dazu absolut berechtigt ist. NRW wird vermutlich kein Einzelfall bleiben.

■ Die Bundeswehr sitzt im Arbeitsamt (in 11 Städten permanent und in 204 Städten mit regelmäßigen Sprechstunden). Hartz 4 Empfänger unter 25 werden dazu gezwungen, ein Gespräch mit der Bundeswehr als möglichem Arbeitgeber zu führen, ansonsten werden ihnen die Leistungen gestrichen.

■ Im neu aufgebauten Heimatschutz werden alle zivilen Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr gestellt. Jeder Jugendliche, der Rettungsschwimmer beim DLRG ist, bei der freiwilligen Feuerwehr mitmacht usw., trainiert jetzt zusammen mit Soldaten wie Deutschland vor allen möglichen oder unmöglichen Unglücksfällen zu schützen ist: Das Schleppen von Sandsäcken ist dabei Nebensache, Tatsächlich geübt wird aber, wie man Großdemonstrationen im Griff behält und wie Aufstände und Streiks niedergeschlagen werden.

■ An einer Berufsschule in Hamburg wird zur Zeit ein Pilotprojekt mit dem THW durchgeführt. Das THW führt dabei Übungen mit den Schülern durch, aus dem Aufgabenbereich des THW. Die Schüler lernen also eine externe Stromversorgung zu errichten, was sicherlich eine hilfreiche Sache ist, bei Stromausfällen, die durch Stürme oder Schnee entstehen, hilfreich aber vor allem, um in Betrieben, wo die Stromversorgung von streikenden Arbeitern gekappt wurde, weiter arbeiten zu können. Genau dafür wurde es nämlich vom

THW entwickelt. Das THW ist direkter Nachfolger der Technischen Abteilung, später Technischen Nothilfe, laut eigenen Angaben einem „Kind der Revolution von 1918/19“. Wir meinen eine Missgeburt dieser Revolution. Denn da wurde die Technische Abteilung gegründet, um die massenhaften Streiks zu brechen, denen man mit dem Militär allein nicht beikam. Erst in den 30ern übernahm die Technische Nothilfe zusätzlich zivile Aufgaben. Im Faschismus arrangierte sie sich mit den Nazis ganz ausgezeichnet. 1945 wurde sie deswegen von den Alliierten aufgelöst, aber schon 1950 als THW wieder gegründet mit genau den gleichen Aufgaben: Streikbruch und Katastrophenschutz. Dieses THW ist heute im Ausland unterwegs und im Inland im Heimatschutz aktiv und jetzt an Schulen, um sich seinen Nachwuchs ranzuzüchten.

Das ist nicht alles, was in diesem Land seit 1990 passiert und was wir als Notstand der Republik bezeichnen. Aber es ist das, was mit der Jugend im Notstand der Republik passiert. Dieser Jugend, die Kriege nur aus der Geschichte oder als „humanitären Einsatz“ kennt. Und die vor allem die 1990 einkassierte Alternative zu Krieg, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit, die DDR, nur aus den Lehrbüchern der neuerdings von Soldaten unterrichteten Lehrer kennt. Und da steht in den seltensten Fällen drin, dass es durchaus in einem Deutschland möglich war, mit den

dafür kämpfen sollte, ihr eigenes wieder zu bekommen.

Auch wenn man uns alle vier Jahre glauben machen will, dass wir mitbestimmen können, wir sind nicht diejenigen, die entscheiden, ob die BRD Jugoslawien zerbombt und wir sind auch nicht diejenigen, die bestimmen, dass Papa oder Mama trotz 20 Jahre Maloche nicht weiß, wie sie die Miete zahlen sollen, wenn sie aufgrund von Einsparungen entlassen werden, oder das sogar trotz Arbeit nicht können. Wir sind aber diejenigen, denen verkauft wird, dass das Militär der todsicherste Arbeitgeber ist. Wir sind diejenigen, denen jetzt gesagt wird, Jugoslawien war nur der Anfang, künftiges Einsatzgebiet der Bundeswehr ist die ganze Welt und du bist dabei, ob in Jugoslawien oder gegen Kriegsgegner im Inland! Und wenn nicht, wenn du noch auf die Idee kommst zu verbreiten, das sei Mist, dann stehst du künftig eben auf der falschen Seite vom Panzer.

Wir beginnen, zu begreifen, dass es in diesem Land Besitzende und Besitzlose, ein Oben und ein Unten gibt, dass wir Teil einer Klasse sind. Und wir haben längst begriffen, dass wir den Kampf um unsere Zukunft nicht allein gewinnen können. Da muss Papa mit ran und da muss Mama mit ran. Sowohl die mit, als auch die ohne Arbeit. Und da muss jeder ran, dem an seiner Zukunft was liegt. Und da kommt es nicht darauf an, ob man Sozialdemokrat ist oder Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist. Da kommt es darauf an, ob man derjenige ist, der die Bombeneinsätze befiehlt oder derjenige, der die Bomben werfen soll, ob man derjenige ist, der entlässt und einspart, oder derjenige, der entlassen und eingespart wird. Ob man derjenige ist, der die Hartz-Gesetze schreibt oder derjenige, der sie verschrieben bekommt. Da kommt es darauf an, dass man Teil unserer Klasse ist. Auf welcher Seite du stehst, kannst du dir nicht aussuchen, du musst es nur begreifen und danach handeln!

Wir handeln!

Der Jugendaktionsausschuss Notstand der Republik, gebildet im Mai 2007 von den Teilnehmern des Jugendkongress – Notstand der Republik, unterstützt die Aktion Klassenkampf statt Wahlkampf – Nein zum Notstand der Republik, weil sie seinem Begreifen absolut gerecht wird und weil sie Jung und Alt und die Klasse vereint.

Gegen die Militarisierung der Jugend! Weg mit dem Notstand der Republik! Weg mit dieser Regierung des permanenten Notstands!

Jugendaktionsausschuss-
Notstand der Republik

Jeder Euro, jeder Cent hilft SPENDENKONTO

**Klassenkampf statt Wahlkampf !
Gegen den Notstand der Republik !**

**K. Schmitt Postbank Nürnberg
BLZ: 36010043 • Konto-Nr: 359071438**

Völkern in Frieden zu leben und keine Angst vor Arbeitslosigkeit und Armut (auch trotz Arbeit) zu haben. Da steht drin, dass Deutschland mit seiner Geschichte abgeschlossen hat und sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen kann. Und dafür soll die Jugend dieses Landes kriegstauglich gemacht werden.

Wir begreifen:

Für diese Jugend ist es Zeit zu begreifen und das tun wir, dass das nicht unser Staat ist. Es ist weder der Staat der BMW-Arbeiter, noch der Staat der Jugendlichen, die gegen die streikenden BMW Arbeiter ins Feld geschickt werden sollen, als Alternative zu Hartz 4. Es ist auch nicht der Staat der 17 Millionen DDR-Bürger, die die BRD mit ihren Strukturen übergestülpt bekommen haben, die aus der Arbeitsplatz-Garantie direkt in die Arbeitslosigkeit der BRD entlassen wurden, deren Jugend mehr als sonst wo gesammelt wird, um in den Krieg gegen andere Länder geschickt zu werden, während sie eigentlich

